

Christian Grünewald

Das Ende der Mitgliederparteien?

Fabian Schalt / Micha Kreitz / Fabian Magerl / Katrin Schirrmacher / Florian Melchert (Hrsg.): Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien, LIT Verlag, Münster 2009, 520 Seiten, 44,90 Euro.

Christoph Weckenbrock: Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung, Bouvier Verlag, Bonn 2009, 215 Seiten, 24,90 Euro.

Der Niedergang der politischen Parteien in Deutschland ist seit Jahren Gegenstand zahlreicher Diskussionen in Forschung und Öffentlichkeit. So spielen die Parteien zwar auch sechzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik noch immer eine der tragenden Rollen innerhalb des politischen Systems, doch scheinen sie nicht erst seit Beginn des Medien- und Internetzeitalters kontinuierlich an Vertrauen beim Bürger zu verlieren.

Schwächelnde Wahlbeteiligungen, eine allgemeine Politikverdrossenheit – die sich auch in der zunehmenden Formierung unabhängiger Bürgerbewegungen widerspiegelt – und nicht zuletzt der anhaltende Mitgliederschwind innerhalb der Parteien lassen den Eindruck entstehen, dass in der Bundesrepublik eine schleichende Systemverschiebung im Gange ist.

So stellt sich mehr und mehr die Frage, wie und in welcher Form die Mitgliederparteien den Sprung von der klassischen Parteiendemokratie hin zu einer postmodernen Mediendemokratie erfolgreich meistern können. Diese Fragestellung nehmen die Herausgeber des Sammelbandes *Neuanfang statt Niedergang – Die Zukunft der Mitgliederparteien* zum Anlass für eine umfassende Bestandsaufnahme der Parteienentwicklung in Deutschland. Bewusst vertreten sie eine demonstrative Gegenposition zur allgemeinen These vom steten Niedergang der

Parteien, ohne dabei deren schwierige Lage beschönigen zu wollen. In über dreißig Beiträgen von Wissenschaftlern, Politikern und Experten für politische Systeme, Parteinmanagement, Politikberatung und Meinungsforschung werden auf knapp 500 Seiten neue Konzepte und Chancen zur Modernisierung von Struktur und Arbeit der Mitglieder- und Volksparteien aufgezeigt. Das interessante und umfassende Werk bietet zudem Vertretern von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und CSU eine jeweils parteieigene Einschätzung zur Lage der Mitgliederparteien.

Als Grundlage dient eine Analyse des stetigen Wandels von der Parteien- zur Mediendemokratie. Klaus von Beyme stellt die Entwicklung der Parteien in Europa vor allem mit Blick auf ihre rechtliche Stellung dar. Dabei macht er die Grenzen der Regulierung von Parteien im Kampf gegen Politikverdrossenheit deutlich – eine Erneuerung könne

grundsätzlich nicht vom Recht, sondern nur von der Politik selbst ausgehen. Auch Hubert Kleinert sieht die Verantwortung für den von ihm ausgemachten Bedeutungsverlust vor allem bei den Parteien selbst. Die Krise der Parteiendemokratie liegt für ihn in dem Fehlen glaubwürdiger Leitideen und der schwindenden Identifizierbarkeit der politischen Kräfte begründet. Die Lösung sei dabei eben nicht die verstärkte Teilnahme an „Politainment“ und medialer Reizüberflutung, sondern eine Besinnung auf klare Positionen und Konzepte. Auch Bernhard Vogel wehrt sich gegen einen Wandel von Mitglieder zu „Medienparteien“. Für ihn erfüllen nach wie vor die beiden etablierten Volksparteien mit ihrem angeborenen Kompromiss-Charakter die Voraussetzungen für eine Stabilisierung des repräsentativen Regierungssystems.

Die Professionalisierung der Politikvermittlung ist der zweite Schwerpunkt des Sammelbandes. So analysiert Ulrich Sarcinelli die Kommunikation der Parteien in Deutschland und fasst Trends und Perspektiven für die Zukunft zusammen. In Zeiten der Medialisierung und Professionalisierung von Politik

sieht er wie Klaus Detterbeck die Parteien in einem ständigen Zwiespalt zwischen Basisverbundenheit („Freiwilligen-Partei“) und dem Machtanspruch der Parteispitze („Berufspolitiker-Partei“). In diesem Zusammenhang mahnt er besonders vor einem weiteren Auseinanderdriften der Kommunikationswelten von Bürgern und politischer Führung. Gerade in Krisenzeiten werde der hohe Kommunikationsbedarf innerhalb einer Demokratie deutlich.

Politische Kommunikation

Bei der Frage nach der Rolle von Meinungsforschung und Umfrageergebnissen in der politischen Kommunikation kommt Manfred Güllner zu dem Schluss, dass in Deutschland die Möglichkeiten der Sozialforschung deutlich weniger stark genutzt werden als in anderen Ländern. Auf der anderen Seite sei man aus diesem Grund aber auch auf absehbare Zeit davor sicher, dass die Meinungsforschung einen allzu starken Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen könnte. Dass in den Parteien auch bei der effektiven Nutzung des Internets einiger Nachholbedarf besteht, stellen Thorsten Stollen und Jens Tenscher heraus. Sie zei-

gen verschiedene Optionen der Parteienkommunikation im Zeitalter des Internets auf. Hierbei machen sie deutlich, dass Medialisierung keine Einbahnstraße nach der Logik der Massenmedien sein muss, sondern den politischen Kräften auch die Möglichkeit zur Direktkommunikation mit Mitgliedern und Wählern bieten kann.

Auch die zukünftige Organisationsform von Parteien steht im Blickpunkt der Untersuchung. Elmar Wiesenthal prophezeit den Mitgliederparteien in seinem Beitrag einen schweren Gang, Mitgliederschwind und fehlende Partizipation in ihrer jetzigen Organisationsform aufhalten zu können. Paradoxerweise hätten dabei gerade die Ergebnisse der neueren Parteien- und Wahlforschung gezeigt, dass besonders Parteimitglieder für die Mobilisierung von Wählern unverzichtbar seien. Frank Decker und Anne-Kathrin Oeltzen halten dennoch den bereits eingeleiteten Wandel der Parteiorganisation in Richtung der Professionalisierung von Politik für unumkehrbar. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass ein gänzlich Fehlen von Mitgliedern vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene weder personell

noch finanziell zu kompensieren sei. Als eine Lösung für den drohenden Personalmangel hält Fabian Schalt sogar eine Rückkehr in den vorpolitischen Raum für möglich und rät den Parteien, bei ihrer Arbeit verstärkt auf Netzwerke zu setzen.

Bei der Ausleuchtung der Wahlkampf- und Kampagnenfähigkeit hält Matthias Machnig die deutschen Parteien hinsichtlich ihrer Politik- und Strategiefähigkeit nur für bedingt einsatzbereit. Es brauche zunächst wieder einen erkennbaren Wertekontext und den Mut zu Entscheidungsdebatten, um dem politischen System neue Attraktivität und Legitimation zu verleihen. Als Inspiration könnten hierbei einige innovative Konzepte aus dem amerikanischen Wahlkampf dienen, die von Katrin Schirmacher, Florian Melchert und Mario Voigt vorgestellt werden. Letzterer verweist besonders auf die Bedeutung moderner (Online-)Kommunikationsmittel bei der Wählermobilisierung.

In seinen Abschlussbemerkungen arbeitet Fabian Magerl im Namen der Herausgeber die vorgestellten Aspekte und zahlreichen weiteren Bei-

träge und Kommentare des Sammelbandes zu einem pointierten und kritischen Katalog von Herausforderungen für die Parteiendemokratie aus – mit einem Fazit, das Hoffnung stiftet: Die Parteien, allen voran die Volksparteien, haben es noch immer selbst in der Hand, aus den Mahnungen und Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen und Politikangebote zu machen, die der Souverän für gut befindet. Somit werden Mitgliederparteien – so sind sich die Herausgeber sicher – auch im zweiten Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts die Demokratie in Deutschland entscheidend prägen.

Die NPD als Herausforderung

Während die großen Mitgliederparteien um ihre Zukunft innerhalb des demokratischen Systems ringen, ist die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)“ vielmehr an einer kompletten Abschaffung der Demokratie interessiert. Mit offen verfassungsfeindlichen Tönen kamen die Rechtsextremen vor allem in Ostdeutschland im Laufe des vergangenen Jahrzehnts immer wieder zu Erfolgen

bei Landtagswahlen. In seiner Abhandlung *Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand – Die neue NPD als Herausforderung* beschäftigt sich der junge Politikwissenschaftler Christoph Weckenbrock mit der Frage, welche Mittel der streitbaren Demokratie in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen, um einer drohenden Gefahr zu begegnen.

Dabei geht er nicht nur ausführlich auf die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen des Verfassungsschutzes ein, sondern zeichnet auch das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren 2001 und die Diskussion um eine Neuaufnahme nach. Schließlich sucht er eine Antwort auf die Frage, welche Gefahr für das Grundgesetz tatsächlich von der NPD ausgeht. Hierbei lässt er zwar keinen Zweifel am verfassungsfeindlichen Charakter der Partei, sieht ihren Einfluss aber durch andauernde interne Krisen so schwer beschädigt, dass ein Verbotsverfahren zum augenblicklichen Zeitpunkt – trotz einer deutlich stabileren Beweislage als im Jahr 2001 – verfrüht sein könnte. Für die streitbare Demokratie, so Weckenbrocks Fazit, gilt es vor allem abzuwarten und wachsam zu bleiben.